

Bilanz der Ratsfraktion 2022



Bündnis 90/Die Grünen - Ratsfraktion Alpen

VISDP: Peter Nienhaus, Rheinberger Straße 32, 46519 Alpen



Allgemeine Situation in der Fraktion

Die Fraktionssitzungen in 2022 konnten wieder in Präsenz stattfinden. Wir konnten unserem neu gewählten Parteisprecher Maximilian Böttcher als sachkundigen Bürger für den Jugend-, Schule-, Sport- und Kulturausschuss gewinnen und damit gleichzeitig die Fraktion verjüngen.

Der Fraktionsvorstand mit Peter Nienhaus als Sprecher und Ursula Arens als seine Stellvertreterin wurde für 2022 bestätigt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion war im abgelaufenen Jahr 2022 immer noch von den Nachwirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Dadurch konnten wir nur wenige öffentliche Veranstaltungen und Bürgerdialoge durchführen. Das werden wir in 2023 wieder verstärkt aufnehmen.

Neben den regelmäßigen Fraktionssitzungen am Donnerstag ab 18:30 Uhr vor Ausschuss- bzw. Ratsitzungen, bietet Peter Nienhaus als 2. stellv. Bürgermeister jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat eine Bürgersprechstunde von 16:00 - 17:00 Uhr im Rathaus an.

Im Rat wurde beschlossen, Aufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder ab 2023 pauschalisiert auszuzahlen. Dadurch erhöhen sich die individuellen Entschädigungen. Wir haben in der Fraktion beschlossen, die Erhöhung an die Gemeinde zurückzugeben, indem wir auf Teile des Fraktionsbudgets in Höhe von 1440 € verzichten. Außerdem haben die Fraktionsmitglieder im Jahr 2022 in Summe 730 € an Vereine gespendet.



Die Fraktion

Ratsmitglieder



Ursula Arens



Peter Nienhaus



Beate Kut



Peter Rüsing



Göрге Deerberg



Petra Uhlig

Sachkundige Bürger



Willi Schellen



Maximilian Böttcher



Finanzen und Haushalt

Wir haben den Haushalt 2023 abgelehnt, da die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten eine Rekordhöhe von 22 Mio. € erreicht haben und die geplanten Liquiditätskredite schon jetzt 7,1 Mio. € betragen. Diese sollen bis 2026 weiter auf 11,2 Mio. € ansteigen. Diese Belastungen, gerade auch durch die absehbar steigenden Zinsen, werden die zukünftigen Generationen zu stemmen haben.



Um in Zukunft eine höhere Zuweisung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 (GFG 2023) zu bekommen, haben wir gemeinsam mit der CDU einer moderaten Erhöhung der Grundsteuer B zugestimmt.



Effizienter Mitteleinsatz

Wir halten es für notwendig, eine Koordinierungsstelle in der Gemeinde einzurichten, die Investitions- und Bauprojekte in Alpen von Anfang an begleitet. So würden mögliche Unstimmigkeiten schon in der Entstehung verringert und damit der dringend erforderliche sachgerechte und effiziente Umgang mit Haushaltsmitteln gewährleistet. Dies wurde von den anderen Fraktionen im Rat und von der Verwaltung abgelehnt.



Ärger, Verzögerungen und Kostensteigerungen hätten minimiert werden können. Das Verharren auf bestehende Strukturen nach dem Motto „es ist noch immer gut gegangen“ ist keine seriöse und erfolgreiche Vorgehensweise, wie man in Alpen sehen konnte. Durch das Vermeiden der angefallenen Kostensteigerungen wäre diese Stelle bereits gerechtfertigt und finanziert.



Mobilität

Endlich ist es so weit: Der von uns seit 30 Jahren geforderte Radweg an der Winnenthaler Straße wird jetzt vom Kreis Wesel umgesetzt. Gleichzeitig wird auch der von uns geforderte Kreisverkehr an der Crash-Kreuzung (Unterheide/ Winnenthaler Straße) geplant. Dem Prüfauftrag an die Verwaltung zur Weiterführung des Radweges bis zur Sonsbecker Straße haben wir zugestimmt.

Die Ergebnisse unseres erfolgreichen Antrags zur Prüfung der Anschaffung von Lastenrädern zum Verleih lassen noch auf sich warten. Die von uns angemahnten abschließbaren Fahrradboxen am Bahnhof sollen im Jahr 2023 gleichzeitig mit der Realisierung einer Mobilstation kommen. Die Mobilstationen sollen Möglichkeiten schaffen, auf verschiedene Verkehrsmittel zugreifen zu können.



Nach wie vor sind wir davon überzeugt, dass im Ortskern langfristig eine Verkehrsberuhigung erforderlich ist. Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h ist in vielen Bereichen der Gemeinde dringend notwendig. Die zwischenzeitlich aufkommende Diskussion über eine Einbahnstraßenlösung an der Burgstraße wurde in den Anfängen von der Verwaltung abgelehnt. Hier wäre eine Chance gewesen, über eine neue Verkehrsführung nachzudenken.



Gemeinschaft und Soziales

Aufgrund des erfreulichen Zuwachses an und in den jungen Familien in Alpen gibt es einen großen Bedarf an Kindergarten- und U3-Plätzen, wie auch der Kreis Wesel mitteilt. Um eine schnelle Umsetzung an geeigneter Stelle zu unterstützen, haben wir der Planung zur neuen Kita mit Tagespflege am Feuerwehrgerätehaus zugestimmt. Gleichzeitig wird dadurch auch dem steigenden Bedarf an Tagespflegeplätzen Rechnung getragen.

Die steigende Zahl an Flüchtlingen aus den Krisengebieten Afrikas, dem Nahen Osten und der Ukraine führen trotz des überragenden Engagements der Bevölkerung zu einer großen Belastung bei der Unterbringung. So haben wir das Vorhaben zum Bau eines Wohnheimes am Bahnhof unterstützt und einer weiteren Unterkunft an der Ulrichstraße zugestimmt, um schnell Entlastung herbeizuführen.



Unser Programm „Jung kauft Alt“ hat sich einer großen Beliebtheit erfreut, so dass die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden konnten, um junge Familien beim Hauskauf in Alpen zu unterstützen. Wir wirken auf eine Fortsetzung und Aufstockung dieser erfolgreichen Maßnahme hin.

Der Heimatpreis Alpen 2022 wurde nach unserem Vorschlag an den Kinderschutzbund KSB Alpen vergeben.



Klima und Umwelt

Nach langen intensiven Gesprächen wurde eine Änderung der Baumschutzsatzung vorgenommen. Dadurch ist in Alpen eine gemeinsame pragmatische Lösung erarbeitet worden, die von uns angeregt wurde. Diese Lösung wurde im Rat beschlossen.

Den CDU-Antrag zur Biodiversität durch Aufstellung von Bienenstöcken auf dem Rathaus haben wir abgelehnt, da die weit verbreitete Honigbiene die wilden Bestäuber-Insekten eher noch verdrängen würde. Sie ist für die Honigproduktion gezüchtet und schränkt den Freiraum für wildlebende Insekten ein. Trotz starker Argumente hat die Mehrheit im Rat dem Antrag zugestimmt.



Unsere Anregungen zu Energieeinsparungen in den gemeindeeigenen Gebäuden und Grundstücken wurden angenommen.

Der Antrag zur Anschaffung eines Energie-Monitoring-Systems wurde einstimmig im Rat beschlossen. Wir konnten die anderen Fraktionen überzeugen, dass hierdurch erhebliche Einsparungen beim Energieverbrauch in den Gemeinde-Liegenschaften erreicht werden können. Nach einer Testphase Ende 2022 – Anfang 2023 sollte ein entsprechendes System eingeführt werden. Die Testphase wurde allerdings zu Beginn 2023 noch nicht gestartet. Wir fordern hier mehr Tempo.



Unser Antrag zur Förderung von Solarenergie wurde von der Verwaltung mit Hilfe der PV-Billigkeitsrichtlinie für 2023 auf 100 T€ aufgestockt, so dass viele Haushalte eine Unterstützung bei der Beschaffung von PV- Anlagen bekommen können.

Dies ist nur ein Anfang. Weitere Förderungen müssen folgen.

Das Thema Windenergie nimmt nach Abschaffung der unsäglichen 1000 m- Abstandsregelung wieder Fahrt auf. Die drei Windräder in Veen-Süd sollen durch zwei Anlagen mit doppelter Leistung ersetzt werden. Hier hat der Rat sein Einvernehmen einstimmig erteilt.

Den Einzelanträgen für Anlagen in Bönninghardt und Winnenthal mit mehr als 1000 m Abstand zur Siedlungs-Wohnbebauung haben wir zugestimmt. Dies liegt nun zur Entscheidung beim Kreis Wesel.

Wir haben gemeinsam mit der CDU einen Vorstoß zur Wiederaufnahme der Ausweisung von Konzentrationszonen angeregt. Das muss jetzt kurzfristig geschehen, damit Alpen noch Einfluss auf diese Entscheidung nehmen kann.

Der seit Jahren nicht mehr tagende Energie- und Klimabeirat wurde durch unsere Initiative wieder belebt. Hier können die inzwischen immer drängenderen Fragen fachlich diskutiert werden.



Bauprojekte

Bei den Projekten des Stadtumbaus, beim Flüchtlingsheim am Bahnhof und beim Schul- und Sportzentrum gab es externe und hausgemachte Verzögerungen, die zu Ärger bei der betroffenen Bevölkerung und zu Kostensteigerungen führten. Auch die Vorgehensweise und die Kommunikation gegenüber dem betroffenen Sportverein Victoria bei der Planung der KITA am Feuerwehrgerätehaus liefen suboptimal.

Die von uns geforderte Koordinationsstelle hätte hier in einem frühen Stadium Transparenz schaffen und so die Diskussion entschärfen können. Da zeigten sich die Verwaltung und die Mehrheit im Rat uneinsichtig und haben damit die Chance vertan, zukünftige Projekte effizienter zu betreuen.

Wir werden weiter darauf drängen, dass als Vergabekriterien für Bauleistungen nicht nur die Herstellungskosten sondern auch andere Faktoren, wie die langfristigen Kosten und umweltverträgliche Materialien berücksichtigt werden.



Stadtentwicklungsprojekte

Die noch immer nicht abgeschlossenen Projekte (Willi-Brandt-Platz und Rossmann) schlagen Wunden in unseren Ortskern, was die Bürger*innen zurecht aufregt. Die Erstellung der Wohn- und Geschäftshäuser verzögert sich, weil die Investoren aufgrund ausstehender Baugenehmigungen und angeblich fehlender Bauunternehmer nicht mit der Umsetzung beginnen können. Dies sind für uns vorgeschobene Argumente, um kostengünstige Bedingungen für ihre Projekte zu erzielen.

In der Hoffnung, diese Projekte im Ortskern zu unterstützen, ist die Verwaltung den Investoren immer wieder kostenmäßig und bei Genehmigungsfragen (z.B. Baumfällung, Abbruch, provisorische Parkplätze) entgegengekommen, was wir nach wie vor kritisieren. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Verwaltung mehr die Interessen Alpens und nicht die der Investoren vertreten muss.



Edeka-Menzelen ist eine immer wiederkehrende Genehmigungsgeschichte. Nach 10 Jahren ist die Genehmigung jetzt endlich erteilt. Wir hoffen, dass der Investor nicht abspringt.



Kies- und Salzabbau am Niederrhein

In der 3. Offenlage des Regionalplans zum Kiesabbau wurde die Abgrabungskulisse von 25 auf 20 Jahre reduziert. In Alpen sind die Abgrabungsflächen gegenüber der 2. Offenlage allerdings nicht verändert. Der RVR hat sich auf eine Änderung des Landesentwicklungsplans nicht eingelassen und eine Herausnahme des „Teilplan Kies“ mit juristischer Begründung abgelehnt, obwohl die Rechtsgutachten der betroffenen Kommunen die gegenteilige Aussage treffen.

Wir hoffen, dass hier noch Bewegung in den Regionalplan kommt. Ansonsten stehen wir hinter einer Klage der Gemeinde wie vom Bürgermeister angekündigt.



Die Anfang 2023 eingerichtete Erfassungsstelle beim Kreis Wesel ist rein bürokratisch. Sie schreckt die Bürger*innen eher ab und muss stark vereinfacht werden. Zusätzlich sollte der Betreiber den erweiterten Rahmenbetriebsplan und dessen Auswirkungen den Bürger*innen in einer öffentlichen Veranstaltung darlegen.

